



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 14. September 2021
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 412 Anfrage Frey Monique und Mit. über die Unterstützung von Ländern in einem fragilen Kontext / Finanzdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Monique Frey ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Monique Frey: Es wäre schön, wenn sich der Regierungsrat auch zu meinem Thema so ausführlich äusserte, wie das bei der Anfrage A 583 der Fall war. Ich bin enttäuscht von der Antwort auf meine Anfrage über die Unterstützung von Ländern in einem fragilen Kontext, vor allem im globalen Süden. Die Luzerner Regierung ist immer sehr schnell, wenn sie gegen die Asylpolitik und die internationale Entwicklungspolitik des Bundes urteilt, doch selbst mit gutem Beispiel voranzugehen, sich ergänzend zum Bund ein Programm aufzubauen und damit näher an der Herausforderung zu sein, die viele Länder im globalen Süden erleben, kommt für sie nicht infrage. Viele andere Kantone wie Zürich, Basel oder Aargau gehen hier mit viel besserem Beispiel voraus. Sie setzen sich auch finanziell grosszügig ein. Man hat gestern leider feststellen müssen, dass nicht nur der Regierungsrat, sondern auch der Kantonsrat nicht bereit ist, über Themen wie die Gestaltung einer humanitären Antwort oder wie der Kanton Luzern Menschen in einer sehr schwierigen Lage in Afghanistan helfen könnte zu diskutieren. Die Dringlichkeit der Anfrage A 675 von Anja Meier wurde abgelehnt. Aber einmal mehr macht der Kanton Luzern Schlagzeilen mit Steuersenkungen, nachdem wir in den letzten Jahren einige Sparrunden mitgemacht haben, welche die Schwächsten unserer Gesellschaft tragen mussten – Menschen mit Beeinträchtigungen, Kinder, Lernende, aber eben auch die Natur, unser Klima und auch unsere Mitbewohnerinnen weltweit. Statt egoistisch das Vermögen Einzelner noch einmal zu vergrössern und damit genau für diejenigen die Steuern zu senken, welche schon genug haben, hätte der Kanton grosszügig und nachhaltig auch einmal ausserhalb des Kantons Luzern investieren können. Sie kennen den Grundsatz: Der Wert einer Gesellschaft misst sich daran, wie man mit den Schwächsten umgeht. Das muss nicht nur der Grundsatz der Politik im Kanton Luzern sein, das ist auch der Grundsatz der globalen Politik. Wir im Kanton Luzern sind Teil der globalen Gesellschaft und haben entsprechend Verantwortung zu übernehmen. Als Tourist gewinnt man keine Erkenntnisse darüber, wie die Situation in Ländern mit fragilem Kontext ist. Eine Reise in den Kosovo oder nach Eritrea zu machen und danach als Experte mitdiskutieren zu wollen, ist nur peinlich. Man kann sich wirklich eine fundierte Meinung bilden, indem man beispielsweise ein kantonales Programm aufbaut. Mit einem solchen könnte man informiert Stellung nehmen zur Entwicklungszusammenarbeit, aber auch zum Bereich Asylpolitik. Ich bin von den Antworten auf meine Anfrage enttäuscht und frustriert.

Stephan Betschen: Zunächst bedanken wir uns bei der Regierung und Verwaltung für die umfassende und transparente Beantwortung der Anfrage A 412 von Monique Frey über die

Unterstützung von Ländern in einem fragilen Kontext. Monique Frey stellt fest, dass sich die internationale Zusammenarbeit zur Verbesserung des Zugangs zu Wasser, der Unterkünfte, der Bildung und des Gesundheitswesens bewährt hat. Sie kritisiert aber, dass in der Schweiz der von der OECD vorgegebene Wert von 0,7 Prozent mit 0,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) unterschritten und damit nicht erfüllt wird. Sie merkt auch an, dass der Beitrag des Kantons Luzern – im Jahr 2019 waren es 250 000 Franken – eher bescheiden ist. Monique Frey fragt, wie sich der Kanton Luzern mit einem intensiven Austausch oder mit gemeinsamen Projekten oder Weiterentwicklungen bei diesem Thema einbringen und sich aktiv in der Flüchtlingsthematik einsetzen könnte. Weiter fragt sie, wie sich der Kanton Luzern bei den Luzerner Bundesparlamentariern für eine Erhöhung der Gelder einzusetzen gedenke. In der Antwort hält die Regierung fest, dass die angesprochene Weiterentwicklung nicht als Priorität gelte und die Verantwortung beim Bund liege, da sollten die Kräfte gebündelt werden. Auch die Flüchtlingsthematik auf internationaler Ebene ist primär Sache des Bundes. Zu den Mitteln des Kantons Luzern: Dieser plant einen jährlichen Beitrag von 120 000 Franken aus den Lotteriegeldern. In der Antwort des Regierungsrates wurde umfassend und transparent kommuniziert, und die Kriterien und die Vergabe wurden erklärt. Ziel ist eine breite geografische und thematische Verteilung der vorhandenen Gelder für die Entwicklungshilfe. Die FDP unterstützt die Beiträge zur Linderung der weltweiten Not und Armut, sieht dies aber primär als Aufgabe des Bundes. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Strategie 2021–2024 von Bundesrat Ignazio Cassis, welche in Zukunft die Gelder thematisch und geografisch fokussiert einsetzen will, wie dies auch auf Kantonsebene geschehen muss.

Anja Meier: Bereits vor Corona war die internationale Gemeinschaft bei der Umsetzung der Agenda 2030 beim Erreichen der 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO, den Sustainable Development Goals (SDG), welche bis 2030 extreme Armut und Hunger beenden wollen, massiv in Verzug. Bereits erreichte Fortschritte drohen durch die Pandemie und ihre Folgekrisen verloren zu gehen oder sind es schon, wie offizielle Zahlen zeigen. Mit der Schweiz hat sich auch der Kanton Luzern der Verwirklichung der 17 SDG verpflichtet. So soll sich auch die kantonale Nachhaltigkeitsstrategie daran orientieren. Die Antwort auf diese Anfrage hat in den Augen der SP jedoch einen eher minimalistischen Anstrich. Wir teilen die Frustration der Vorstösserin. Einverstanden, die internationale Zusammenarbeit (IZA) ist in erster Linie Sache des Bundes, Bestrebungen müssen auf nationaler Ebene koordiniert und gebündelt werden. Primäre Verantwortung heisst jedoch nicht ausschliessliche. Die SP bedauert es erstens sehr, dass sich der Kanton Luzern offensichtlich nicht in der Pflicht sieht, sich beim Bund für höhere Schweizer Gesamtbeiträge zugunsten der internationalen Zusammenarbeit stark zu machen. Die Schweiz erreicht in der verabschiedeten IZA-Strategie 2021–2024 nicht einmal das selber gesteckte Minimalziel von 0,5 Prozent des BIP, geschweige denn die OECD-Empfehlung von 0,7 Prozent. Zweitens bedauert die SP die geringen eigenen Beiträge des Kantons Luzern zugunsten der internationalen Zusammenarbeit. 2018 hat er sich mit dem doch eher bescheidenen achtletzten Platz unter den Kantonen zufrieden gegeben, was die öffentlichen Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit betrifft. Die Kantone in vergleichbarer oder gar kleinerer demografischer und wirtschaftlicher Grösse leisten mindestens doppelt so hohe Beiträge, wenn nicht sogar das Zehnfache. Für die SP ist klar: IZA heisst nicht nur, das World Economic Forum (WEF) und den katarischen Staatsfonds mit Luzerner Geldern zu finanzieren, sondern auch die tatsächlich Notleidenden auf dieser Welt zielgerichtet und wirksam zu unterstützen. Ein verstärktes finanzielles Engagement des Kantons zugunsten der IZA bedeutet nicht automatisch eine Verzettelung. Für die wirksame Implementierung der Agenda 2030 muss die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen sowie zwischen den Kantonen und dem Bund verstärkt und besser institutionalisiert werden. Mehrere IZA-Schwerpunktländer des Bundes sind sehr daran interessiert, die Kompetenzen der Kantone zu nutzen und von ihrer Erfahrung zu profitieren. Auch der Kanton Luzern kann den Bund mit der Bereitstellung von Expertisen in seinen Zuständigkeitsbereichen unterstützen, zum Beispiel bei der Berufsbildung. Zu guter Letzt: Uns erscheinen die Vergabekriterien für

die Gelder aus dem Lotteriefonds nicht ganz klar. Möglicherweise kann der Finanzdirektor diese im Anschluss noch kurz erläutern.

Markus Schumacher: Bei dieser Anfrage stellt sich die berechtigte Frage, was Monique Frey wirklich damit erreichen will. Die Sachlage ist eigentlich klar: Entwicklungshilfe und die Koordination im Asylwesen sind Sache des Bundes, das weiss auch Monique Frey. Zu viele Köche verderben den Brei. Korrupte Regierungen lassen Gelder verschwinden, und die Strukturen in diesen Ländern sind nicht immer ganz einfach. Am 19. Februar 2020 veröffentlichte der Bund eine Medienmitteilung, welche die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 kommunizierte. Darin kam klar zum Ausdruck, in welchen Bereichen die Schweiz für eine stabile internationale Ordnung Gelder sprechen will. Als Ziel wurde zum Beispiel die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze vor Ort genannt, was übrigens genau unserer Überzeugung entspricht. Damit kann man auf der einen Seite das Asylproblem koordiniert lösen, und man lindert auch die Hungerprobleme in diesen Ländern. Es soll sich wieder lohnen, im eigenen Land zu bleiben, weil durch Entwicklung endlich Perspektiven geschaffen werden können. Weitere Ziele sind die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an die Folgen und die Verminderung der Ursachen irregulärer Migration sowie die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, was bei gewissen Regierungen mit Sicherheit nötig ist. Das Bundesamt ermöglicht im Rahmen der finanziellen Mittel eine Beteiligung. Im Jahr 2020 wurden rund 3,3 Milliarden Franken aufgewendet, das sind 0,48 Prozent des BIP. Das sind 263 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. 9 Prozent dieser Gesamtkosten – also 303 Millionen Franken – wurden für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene in der Schweiz eingesetzt. Die Antwort des Regierungsrates ist für uns richtig und schlüssig. Die Entwicklungszusammenarbeit auf internationaler Ebene ist grundsätzlich Sache des Bundes und nicht der Kantone. Die Kantone sollen sich im Rahmen der Vernehmlassungen dazu einbringen, sich aber nicht selber aktiv beteiligen. Es ist darum kein weiteres Engagement der Kantone notwendig, das ist mit Sicherheit auch Monique Frey bekannt.

Ferdinand Zehnder: Wir danken Monique Frey für die interessante Anfrage. Wir lesen mit Interesse die Tabelle zur Geldsprechung von Bund und Kantonen. Was die eingestellten Mittel im Kanton Luzern betrifft, so teilt die Mitte die Meinung der Regierung. Die finanzielle Unterstützung soll koordiniert und gebündelt erfolgen, und das ist Sache des Bundes. Bei dieser Gelegenheit weisen wir aber hier und heute darauf hin, dass es für die Mitte absolut prioritär ist, Menschen im Asylprozess und Flüchtlinge möglichst schnell und nachhaltig zu integrieren. Das ist der beste Weg für den Kanton Luzern, Integration ist absolut wichtig.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Hier haben wir eine ganz andere Haltung als die Anfragende. Die Luzerner Regierung ist der Ansicht, dass Aktivitäten in Ländern mit einem fragilen Kontext wirklich primär Bundesaufgabe sind und es nicht die Zielsetzung des Kantons Luzern ist, hier gezielt grössere Aktivitäten zu entwickeln. Wir sehen auch nicht eine massgebliche Veränderung vor, das haben wir transparent kommuniziert. Zur Frage von Kantonsrätin Anja Meier bezüglich der Kriterien: Wir gehen einerseits auf die bei uns eingehenden Gesuche ein und andererseits natürlich auch auf die verschiedenen Katastrophen, die weltweit jeweils in einem Jahr leider passieren. Wir setzen gezielt Mittel ein, um in diesen Katastrophengebieten etwas Unterstützung leisten zu können. Strategische Unterstützungskriterien erachten wir auf kantonaler Ebene bei dieser Summe als nicht zielführend.